



Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Ständerats
Präsident Dick Marty
3003 Bern

Bern, 24. Dezember 2010

Vernehmlassung indirekter Gegenvorschlag zu den Volksinitiativen Bausparen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum indirekten Gegenentwurf zu den beiden Volksinitiativen „Eigene vier Wände dank Bausparen“ und „Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energie- und Umweltschutzmassnahmen“. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Das steuerbegünstigte Bausparen ist ein bürgerliches Anliegen, dem seit Jahren mit immer neuen Volksinitiativen, Standesinitiativen und parlamentarischen Vorstössen zum Durchbruch verholfen werden soll. Für die SP Schweiz bestehen jedoch grundsätzliche Zweifel am Sinn und an der Wirkung des steuerbegünstigten Bausparens zur Förderung von mehr Wohneigentum und insbesondere zur Schaffung von zahlbarem Wohnraum für alle.

Von steuerlichen Förderungsmassnahmen profitieren immer in erster Linie hohe Einkommen. Viel wirkungsvoller sind direkte Fördermassnahmen für den sozialen Wohnungsbau für die unteren und mittleren Einkommen. Es kommt hinzu, dass die vorgeschlagenen Massnahmen – insbesondere vor dem Hintergrund eines derzeit vom Bundesrat verlangten, einseitig ausgabenseitig konzipierten Sparprogramms 2012/13 – zu unverantwortlichen Steuerausfällen führen. Zudem verkomplizieren solche fiskalischen Privilegierungen das bereits wenig übersichtliche Steuersystem weiter. Letztlich ist das steuerlich begünstigte Bausparen auch unnötig, da bereits mit den Vorbezügen der 2.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

Säule ein Instrument für die breitere Förderung des Wohneigentums vorhanden ist.

Gemäss Botschaft des Bundesrates zu den zwei Bauspar-Initiativen profitieren gerade Schwellenhaushalte nicht vom Bausparen, da ihnen gar nicht genügend Einkommen zur Verfügung steht, um steuerbefreit innert zehn Jahren genügend Eigenmittel zur Seite legen zu können. Der Bundesrat zitiert eine Studie des Wohnmarktexperten Daniel Horning, die zum Schluss kommt, dass Bausparen eine ungünstige sozial- und einkommenspolitische Wirkung aufweist und nur zu einem kleinen Teil dazu führt, dass Schwellenhaushalte selbstgenutztes Wohneigentum erwerben können. Die SP teilt diese Einschätzung.

Es gilt weiter zu beachten, dass die Rechtsgleichheit aufgrund der Besonderheiten der Wohneigentumsbesteuerung bereits heute krass verletzt wird. Die aktuell tiefen Eigenmietwerte und die gleichzeitig hohen Abzugsmöglichkeiten (Unterhalt, Schuldzinsen) führen dazu, dass ein Grossteil der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer weniger Steuern zahlt als Mieterinnen und Mieter in einer vergleichbaren familiären und finanziellen Situation.

Aus all diesen Gründen lehnt die SP auch den indirekten Gegenvorschlag zu den Bausparinitiativen klar ab, da damit ebenfalls eine fiskalische Förderung des Bausparens eingeführt werden soll.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben
mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
Politischer Fachsekretär